



Vernehmlassungsantwort der SVP Stadt Bern zur Kooperation Ostermundigen Bern Verfasser zH der SVP Stadt Bern: Roland Jakob

Die SVP Stadt Bern dankt den Gemeinden Ostermundigen und Bern für ihre Vorarbeit und die bereitgestellten Unterlagen zur Vernehmlassung. Wir nehmen fristgerecht die Möglichkeit wahr, unsere Haltung zum Projekt, Kooperation Ostermundigen Bern, und zu den von Ihnen gestellten Fragen darzulegen.

In den Vernehmlassungsunterlagen stellen Sie drei Fragen, die aus unserer Sicht nicht die ganze Tragweite dieser Fusion wiedergeben.

1. *Sind aus Ihrer Sicht sämtliche relevanten Aspekte in den Unterlagen abgehandelt oder fehlen wichtige Punkte?*
2. *Befürworten Sie zum heutigen Zeitpunkt eine Fusion zwischen der Stadt Bern und der Einwohnergemeinde Ostermundigen? Welches sind die Gründe für Ihre Haltung dazu?*
3. *Haben Sie Bemerkungen oder Fragen zur Fusion resp. zu den vorliegenden Unterlagen?*

Insbesondere fehlen zur Tragweite dieser Fusion folgende Punkte:

In den Unterlagen zur Vernehmlassung sind unter anderem der Fusionsvertrag und das Fusionsreglement aufgeführt. Diese beiden Unterlagen bilden das Kernstück der angedachten Kooperation.

Aus Sicht der SVP Stadt Bern sind beide Dokumente zu vage ausgearbeitet und lassen viele Fragen offen. Wichtige Punkte der Fusion sind dabei nur angedacht oder fehlen ganz, so zum Beispiel die klare Identität der neu zu gründenden Gemeinde oder die Regelung der Kosten, welche sich aus der Fusion ergeben.

Die Steuerzahler der Gemeinde Stadt Bern haben zum Beispiel das Recht zu erfahren, wieso sie die Ausfinanzierung der Pensionskasse der Angestellten der Gemeinde Ostermundigen tragen müssen, oder welche Kosten sie erwarten müssen, weil durch die Übernahme aller Gemeindegestellten die Doppelspurigkeiten in der fusionierten Gemeindeverwaltung nicht oder nur zögerlich abgebaut werden! Auch ist den Einwohner Gemeinde Ostermundigen sicher nicht klar, dass die angedachte Stadtteilkommision Ostermundigen mit weitreichenden Finanzkompetenzen zwar als Sonderlösung von Ostermundigen nicht befristet ist, jedoch die finanziellen Mittel, welche der Stadtteilkommision zur Verfügung gestellt werden sollen, nur vage angedeutet und durch die neue Gemeinde jederzeit gekürzt oder ausgesetzt werden können.

Es ist auch nicht klar, ob die Stadtteilkommision Ostermundigen auch als Verhandlungspartner oder nur als Geldgeber eingesetzt werden kann. Für die bestehenden Stadtteilkommisionen der Stadt Bern, welche nicht über eine mit so feudalen Kompetenzen ausgestattete Stadtteilkommision in der fusionierten Gemeinde verfügen würden, die im Fusionsvertrag als unbefristet dargestellt wird, ist die Ungleichbehandlung mehr als nur störend und wird unweigerlich zu Problemen führen. Diese Ungleichbehandlung, die es innerhalb der Gemeinde gibt und so als Form in der Schweiz nicht gibt, führt zur Frage, ob diese Gemeindestrukturform so überhaupt zulässig ist.

Dass der neue Stadtteil 7 ebenfalls über eine eigene Planungskommission verfügen soll, ist ebenfalls fragwürdig. Wieso hat man die Planungskommission nicht mit einer kurzen Übergangsfrist in die Struktur der neuen Gemeinde Stadt Bern überführt? Die diesbezügliche Begründung in den Unterlagen widerspricht der andernorts hervorgehobenen angeblichen Synergie, welche in der Zusammenführung der beiden Verwaltungen liegen soll. Auch wenn die Gemeinde Ostermundigen mit dem Projekt O'mundo ihre Ortsplanungsrevision nicht vor der angedachten Fusion abschliessen kann, rechtfertigt dies eine Weiterführung der Planungskommission im Stadtteil 7 Ostermundigen nicht.

Abschliessend ist zu bemerken, dass die Gemeinde Ostermundigen aus finanziellen Gründen fusionieren will, aber ohne ihre Identität aufzugeben. Würde die Gemeinde Ostermundigen über genügend finanzielle Mittel verfügen, wäre es wohl kaum zu einem Fusionsprojekt gekommen. Die Stadt Bern gibt der Gemeinde Ostermundigen diverse (wie erwähnt rechtsungleiche) Zückerchen, nur um die letzte Gemeinde nicht zu vergraulen, die überhaupt noch willens ist, mit der Stadt Bern zu fusionieren.

Zur Frage 1

- a. *Sind aus Ihrer Sicht sämtliche relevanten Aspekte in den Unterlagen abgehandelt oder fehlen wichtige Punkte?*

Folgende Aspekte sind aus Sicht der SVP Stadt Bern nicht oder nur teilweise abgehandelt worden:

I. Investitionskosten

In beiden Gemeinden wird in der Investitionsplanung ein hoher Investitionsbedarf ausgewiesen. Die Herausforderungen, welche die fusionierte Gemeinde zu tragen haben wird, sind erheblich. Die Gemeinden gehen aber davon aus, dass diese zu meistern sind, sofern die wirtschaftliche Entwicklung in den Jahren nach der Fusion in einigermassen normalen Bahnen verläuft. Die Aussage der beiden Gemeinden ist aus Sicht der SVP Stadt Bern äusserst bedenklich: Grundsätzlich muss festgehalten werden, dass die Investitionskosten dem Steuerzahler auferlegt werden.

In der Gemeinde Ostermundigen konnte Eigenkapital gebildet und die Verschuldung abgebaut werden. Die Eigenkapitalbildung basiert auf der Auflösung der Rückstellungen, die die Gemeinde Ostermundigen nach dem Anschluss an die Personalvorsorgekasse der Stadt Bern nicht mehr benötigte, um die PVS Bolligen/Ittigen/Ostermundigen (11.7 Mio. Franken) in den Jahren 2018 und 2019 zu sanieren. Die Eigenkapitalbildung kann auch als Umlagerung der Schulden der PVK angeschaut werden. Diese soll gemäss Fusionsvertrag durch die Einmaleinlage der fusionierten Gemeinde Stadt Bern ausfinanziert werden.

In beiden Gemeinden wird in der Investitionsplanung ein hoher Investitionsbedarf ausgewiesen. Der durchschnittliche Investitionsbedarf pro Einwohner und Jahr liegt in der Stadt

Bern mit Fr. 1 374 mehr als 50 % höher als in Ostermundigen.

Wie weit sich die gemachte Aussage zur mittelfristigen Finanzplanung der fusionierten Gemeinde bestätigen lassen, ist aus Sicht der SVP mit Kaffeesatzlesen gleichzusetzen.

II. Neuverschuldung und Steuerausfälle

Beide Gemeinden bringen ein Paket an finanziellen Altlasten mit in die angedachte Fusion. Diese finanziellen Altlasten werden zum Teil zwar erwähnt, wie sie jedoch abgebaut werden sollen, ist unklar. In den Unterlagen ist zu lesen, dass die angedachte neue Gemeinde Stadt Bern durch die eventuelle Fusion an Kreditwürdigkeit gewinnen würde, sodass eine zusätzliche Neuverschuldung leicht gestemmt werden könne. Dies ist dahingehend erschreckend, da die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in der jetzigen Gemeinde Ostermundigen mit der Gunst einer Steuersenkung zur Fusion animiert werden sollen. Langfristig wird diese Strategie, obschon beide Gemeinden sich ein Wachstum im Steuersubstrat visionär bescheinigen, kaum aufgehen. Gemäss den erstellten Finanzplänen der beiden Gemeinden ist bis 2026 von einem Anstieg der Verschuldung um rund 285 – 290 Mio. Franken auszugehen.

In einer fusionierten Gemeinde würde ein Steuerfuss von 1,54 Einheiten angewendet. Das würde zu Steuerausfällen von ca. 5.6 Mio. Franken (Ostermundigen) ab der Fusion führen. Diese müssten entsprechend durch den Steuerzahler getragen oder bei den Ausgaben eingespart werden.

III. Grundstück- und Gebäudeinventar

Es fehlen zurzeit die Inventare der vom Zusammenschluss betroffenen Grundstücke und Gebäude der vertragschliessenden Gemeinden. Somit ist nicht klar, welche Dienstbarkeiten / Lasten am Schluss vorhanden sind und die fusionierte Gemeinde eventuell finanziell belasten werden! Diese Auflistung hätte vor der Vernehmlassung als Teil der Unterlagen bereitgestellt werden sollen und hätte sicher zur Transparenz der Fusion mit beigetragen.

IV. Personal und Personalkosten

Im Fusionsvertrag wird vertieft über die Übernahme des Personals von Ostermundigen in die fusionierte Gemeinde Stadt Bern Auskunft gegeben. So wird dem Personal von Ostermundigen eine zweijährige Besitzstandsgarantie auf dem Bruttolohn zugesichert. Das heisst, dass der fusionierten Gemeinde zwar Lohnkosten auferlegt werden, aber ohne die Garantie, dass die entsprechende Person an ihrer angestammten Funktion angestellt sein wird. Auch soll die Ausfinanzierung der PVK der Angestellten der Gemeinde Ostermundigen einmalig je nach Ausgestaltung der Personalvorsorgelösung in der Höhe von 4.2 – 19.5 Mio. Franken erfolgen. Davon sind zwischen 4.2 und 6.6 Mio. Franken aktivierbar, was in den ersten fünf Jahren nach der Fusion zu zusätzlichen Abschreibungen von 0.8 – 1.3 Mio. Franken führt. Die wiederkehrenden aktuell erkennbaren zusätzlichen Kosten dürften sich auf netto rund 2.4 Mio. Franken pro Jahr belaufen.

Laut Aussagen des Stadtpräsidenten der Stadt Bern sei die PVK-Ausfinanzierung und der daraus resultierende Betrag angesichts eines Budgets in der Stadt Bern von ca. 1.2 Mia. Franken zu vernachlässigen.

Durch die Zusammenführung und das Beibehalten des Personals der Gemeinde Ostermundigen in der eventuell fusionierten Gemeinde Stadt Bern wird die Verwaltung weiter aufgebauscht, ohne eine entsprechende Mehrleistung zu erhalten. Aus Sicht der SVP hätte die Fusion eine einmalige Chance geboten, die Verwaltung schlank und gestärkt in die fusionierte Gemeinde zu führen und vorhandenes Knowhow zu optimieren.

V. Kompetenzen aus dem Fusionsvertrag

Der vorgelegte Fusionsvertrag zeigt auf, dass die Verhandlungen zu Gunsten der Gemeinde Ostermundigen gelaufen sind. Der künftige Stadtteil Ostermundigen hat viele Zugeständnisse erhalten, welche die anderen sechs Stadtteile der Gemeinde Stadt Bern auch gerne gehabt hätten. Somit resultiert, dass es innerhalb der fusionierten Gemeinde Stadt Bern ein Ungleichgewicht an Kompetenzen geben wird, und somit nicht alle Stadtteile nach der Fusion mit den gleichen Kompetenzen ausgestattet sein werden. Dies führt zu einer Ungleichbehandlung der Stadtteile, die politisch und rechtlich aufgearbeitet und näher dargelegt werden muss.

Zur Frage 2

- b. *Befürworten Sie zum heutigen Zeitpunkt eine Fusion zwischen der Stadt Bern und der Einwohnergemeinde Ostermundigen?*

Die SVP der Stadt Bern steht der Fusion der beiden Gemeinden ablehnend gegenüber.

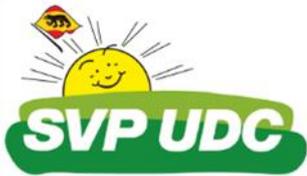
- c. *Welches sind die Gründe für Ihre Haltung dazu?*

Aus Sicht der SVP Stadt Bern wird der Fusionsvertrag zur Fusionslast. Die Ungleichbehandlung der zur Fusion stehenden Gemeinden Bern und Ostermundigen innerhalb der Vertragsthemen führt zu Unstimmigkeiten, welche die fusionierte Gemeinde Stadt Bern lange, ja zu lange politisch beschäftigen wird. Die Stadtteilkommission Ostermundigen, welche im Fusionsvertrag und Reglement als unbefristet dargestellt wird, gibt bereits jetzt zu reden und wird politisch kaum Bestand haben. Somit wird sich in naher Zukunft die fusionierte Gemeinde Stadt Bern weiter mit der Thematik Fusionsvertrag auseinandersetzen müssen und getroffene Abmachungen werden rasch ad absurdum geführt. Die Zeche dafür wird in jedem Fall der Steuerzahler der fusionierten Gemeinde bezahlen und der Stadtteil 7 Ostermundigen wird sich verschaukelt vorkommen.

Die Planungskommission, die zur Umsetzung von O'mundo und zur Richtplanung und Räumlichen Entwicklungsstrategie (RES) im Stadtteil Ostermundigen weitergeführt werden soll, wird spätestens an der Urne, wenn die fusionierte Gemeinde Stadt Bern über O'mundo befinden wird, bei einer möglichen Ablehnung eine Bruchlandung hinlegen. Wie es dann weitergehen soll, ist im Fusionsvertrag nicht geregelt. Man kann dann nur festhalten: Ausser Spesen nichts gewesen. Alle im Fusionsvertrag gemachten Zusagen zur Planungskommission und ihrer Tätigkeit sind bei einer Ablehnung von O'mundo an der Urne obsolet und viele Ressourcen wie Steuergelder sind dann verpufft.

Die SVP Stadt Bern ist sich der Tragweite der angedachten Fusion zwischen Bern und Ostermundigen bewusst: Die finanziellen Risiken sind hoch und der Nutzen kaum sichtbar. Schulden werden angehäuft und die Verwaltung wird massiv durch Doppelspurigkeiten aufgeblasen.

Die Bedenken überwiegen gegenüber dem Enthusiasmus, mit dem uns die Konstrukteure der Fusion abholen möchten. Eine Fusion kann nur gelingen, wenn beide Gemeinden auf Augenhöhe den Fusionsvertrag gestalten, die Rechte und Pflichten gleich verteilt sind, also insbesondere alle



Stadtteile gleichbehandelt werden. Davon sind die aktuellen Fusionspläne aus den dargelegten Gründen weit entfernt.

Aus den von uns gemachten Bemerkungen können wir einer Fusion im jetzigen Zeitpunkt zu diesen Vertragsbedingungen nicht zustimmen und lehnen die Fusion zwischen den beiden Gemeinden Bern und Ostermundigen deshalb ab.

Für Fragen zur Fusion stehen Ihnen der Präsident der SVP Stadt Bern, Thomas Fuchs, der Fraktionspräsident, Alexander Feuz, sowie der Verfasser dieser Vernehmlassung, Roland Jakob, gerne zur Verfügung.

Zur Frage 3

Haben Sie Bemerkungen oder Fragen zur Fusion resp. zu den vorliegenden Unterlagen?

Fragen zur Kooperation Bern – Ostermundigen

1. Aus dem aktuell vorliegenden Fusionsvertrag und Fusionsreglement ist nicht zu entnehmen, ob und wie ein Sekretariat die Arbeit der Stadtteil- und Planungskommission Ostermundigen unterstützen soll!
 - a) Ist ein Sekretariat zugunsten der Stadtteil- oder Planungskommission Ostermundigen angedacht und wenn ja, mit welchen Kosten sowie Stellenprozenten darf die Stadtteilkommission rechnen?
 - b) Werden der Stadtteil- und Planungskommission Ostermundigen zusätzlich Büroräumlichkeiten zugesprochen, damit sie ihre Arbeit entsprechend ausüben kann und wenn ja, wo werden diese in der fusionierten Gemeinde sein?
2. Aus dem aktuell vorliegenden Fusionsvertrag und Fusionsreglement ist ersichtlich, dass die Stadtteilkommission Ostermundigen als gesondertes Element die Aufgaben diverser Organe im Sonderstatus gegenüber der heutigen Stadt Bern bei der künftigen Fusion der beiden Gemeinden als Charakter einer Teilautonomie des künftigen Stadtteil 7 wahrnehmen soll.
 - a) Weshalb erhalten die heutigen 6 Stadtteile der Stadt Bern nicht die gleichen Kompetenzen wie sie dem künftigen Stadtteil 7 Ostermundigen zugesprochen werden sollen?
 - b) Wie hoch werden die Budget- und Finanzkompetenzen der Stadtteilkommission im künftigen Stadtteil 7 Ostermundigen ungefähr in Franken betragen?
3. Aus dem aktuell vorliegenden Fusionsvertrag und Fusionsreglement ist ersichtlich, dass die Stadtteilkommission Ostermundigen gemäss Artikel 14 Aufgaben und Zuständigkeiten wahrnehmen kann. Gemäss Buchstabe e beschliesst sie zum Beispiel die Leistungsverträge mit Vereinen.
 - a) Wer handelt die Leistungsverträge mit den Vereinen aus und mit welcher Kompetenz?



- b) Kann die Stadtteilkommission Ostermundigen von sich aus die Leistungserbringung verändern?
 - c) Kann die Stadtteilkommission Ostermundigen von sich aus die budgetierte Zuwendung erhöhen oder kürzen bei einem neuen Vertragsabschluss, ohne die entsprechende Direktion der Gemeinde Stadt Bern einzubeziehen?
 - d) Welche gesetzlichen Grundlagen stützen das Handeln der Stadtteilkommission 7 Ostermundigen bei nicht Vorhandensein eines entsprechenden Reglements, das die Spielregeln festlegt?
4. Weshalb wurde die PVK nicht durch die Gemeinde Ostermundigen vorgängig ausfinanziert?
 5. Was Kostet die Planungskommission Ostermundigen die fusionierte Gemeinde Stadt Bern im Jahr?
 6. Ab wann muss mit einer Steuererhöhung der fusionierten Gemeinde Stadt Bern gerechnet werden, wenn die prognostizierten Steuererträge der natürlichen und juristischen Personen bis 2026 teilweise ausbleiben?
 7. Ab wann kann mit einem Abbau der Doppelspurigkeit beim Knowhow und den Ressourcen in der Verwaltung der fusionierten Gemeinde Stadt Bern gerechnet werden, um die Kosten der aufgeblähten Verwaltung zu senken?
 8. Weshalb nehmen die prognostizierten Schulden in den Jahren 2024 – 2026 um 300 Millionen Franken in der Fusionierten Gemeinde Stadt Bern zu?
 9. Wie soll der Schuldenabbau bei einem Schuldenberg von 1,7 Milliarden Franken der fusionierten Gemeinde Stadt Bern ab dem Jahr 2026 aussehen?

Der von Ihnen in Aussicht gestellte Bericht über den Fragebogen zur Vernehmlassung, denn Sie auf das 1. Quartal 2023 in Aussicht stellen und der in den weiteren Prozess mit einfließen soll, würden wir gerne erhalten. Bitte senden Sie uns diesen Bericht zu gegebener Zeit zuzustellen, E-Mail-Adresse des Verfassers: roland.jakob@bluewin.ch

Für Fragen zur Fusion stehen Ihnen der Präsident der SVP Stadt Bern, Thomas Fuchs und der Fraktionspräsident, Alexander Feuz, gerne zur Verfügung.

SVP Stadt Bern
Präsident

Fraktionspräsident

Thomas Fuchs

Alexander Feuz